

## Stellungnahme zur Ganztagschule:

Grundsätzlich ist die Ganztagschule eine durchaus sinnvolle Sache und wird unterstützt, da sie einerseits die Chancengleichheit fördert, andererseits der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegenkommt.

Unsere Kritik richtet sich jedoch einerseits an die Art der Umsetzung, sowie vor allem an den Umfang dieser Maßnahmen.

Am 24.3.2021 wurde im Arbeitskreis Ganztagschule erklärt, dass mit einer verpflichtenden Einführung bis 2025 zu rechnen ist.

Ein entsprechender Entwurf lag dem Bundestag am 18.5.2021 vor. In diesem Entwurf ist u.a. auch geregelt, in welchem Umfang die Länder Unterstützung für die Investitionsmaßnahmen einerseits und die Folgekosten andererseits bekommen werden. Teilweise müssen diese Mittel an die Kommunen weitergegeben werden (so lese ich das da raus). Was aus der Vorlage nicht hervorgeht, sind die Zahlen über den Umfang, in welchem Größenverhältnis die Maßnahmen in den Kommunen gefördert werden. Das kann auch gar nicht festgelegt werden, da der Bund feste Größen vorgibt, auf Länderebene aber zur Zeit noch gar nicht erkennbar ist, in welchem Gesamtumfang die Kommunen investieren werden.

Aufgrund der bestehenden Erkenntnisse hat der Gemeinderat bereits am 20.7.2021 beschlossen, die Ganztagschule einzuführen.

Grundsätzlich ist gegen diese Vorgehensweise nichts einzuwenden, da wir einerseits die Ganztagschule einführen müssen, andererseits auch den Prozess in Gang setzen mussten, um zu erfahren, wie und in welchem Umfang die Sache gestaltet werden kann.

Wenn dann aber Kosten auf uns zukommen, die die Gemeinde nicht nur an den Rand ihrer Möglichkeiten bringen, sondern darüber hinaus, dann muss die Sache hinterfragt werden.

Wir wollen wissen: Mit welchem Kostenvolumen ist zu rechnen?

In welchem Umfang beteiligen sich Bund und Land?

Muss die Maßnahme in der vorgesehenen Form und vor allem in dem vorgesehenen Umfang erfolgen?

**Es ist allgemein bekannt, dass immer dann, „wenn ein Fass aufgemacht wird“, jeder mittrinken will.** Bei Maßnahmen, die durch die Kommune angepackt werden, ist auch immer die Gefahr sehr groß, dass man schnell mal Dinge mit erledigt, die man schon immer erledigen wollte.

Deshalb sollten wir bei der Einführung der Ganztagschule darauf achten, dass genau dies nicht passiert.

Wir wollen genau wissen, ob die Maßnahmen, die dort gefordert werden wirklich in diesem Umfang erforderlich sind und wo das festgelegt ist.

Als ich das erste Mal hörte, dass wir die Ganztagschule verpflichtend einführen müssen, habe ich diese Botschaft äußerst gelassen aufgenommen.

Ich konnte mir einerseits nicht vorstellen, dass Bund und Land uns eine Maßnahme „aufdrücken“ ohne sich entsprechend zu beteiligen.

Andererseits konnte ich mir nicht vorstellen, dass die ganze Sache so teuer wird.

Die Räume zur Betreuung sind weitgehend vorhanden, lediglich ein paar kleine Räume zur Entzerrung der Situation müssten geschaffen werden.

Außerdem war klar, dass eine Beköstigung zu Mittag erfolgen muss, dass dementsprechend ein Küchen- und Essenausgabebereich geschaffen werden muß.

Das die Sache sich so exorbitant verselbstständigt bereitet mir wirklich Bauchschmerzen, zumal wir unsere Ratstätigkeit einstellen können, wenn keine Mittel mehr da sind über die wir eigenverantwortlich entscheiden **dürfen**.

Wir sollten die Angelegenheit deshalb möglichst an ganz kurzer Leine führen und alles was mit Ganztagschule zu tun hat mit einem Sperrvermerk versehen.